

**Berichte 2007 - 2008**

# Entwicklung für Frieden

Arbeitsgemeinschaft Entwicklungspolitische  
Friedensarbeit (FriEnt)



# FriEnt

Die Arbeitsgemeinschaft Entwicklungspolitische Friedensarbeit, ein Zusammenschluss von sieben staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, hat zum Ziel, das Thema Friedensförderung in allen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit besser zu verankern.

Im Mittelpunkt steht dabei,

- inhaltliche und methodische Kompetenzen zu vermitteln,
- gemeinsames Lernen der Mitglieder vor dem Hintergrund unterschiedlicher Perspektiven und Ansätze zu fördern und
- die Mitglieder bei verstärkter Vernetzung und Kooperation zu unterstützen.

Die Mitglieder von FriEnt sind:

- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
- Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)
- Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH
- Heinrich-Böll-Stiftung (hbs)
- Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe/Misereor
- Konsortium Ziviler Friedensdienst
- Plattform Zivile Konfliktbearbeitung/Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)

## Hinweis

Für eine bessere Lesbarkeit wird im Folgenden auf die Nennung der weiblichen Bezeichnung von Personengruppen verzichtet. Selbstverständlich beziehen sich alle Aussagen gleichermaßen auf Frauen und Männer.

# Inhalt

Vorwort: Entwicklung für Frieden	2
Editorial: Entwicklungspolitische Friedensarbeit braucht Vielfalt	3
<b>Im Fokus: Transitional Justice und Entwicklung</b>	
Vergangenes Unrecht ausgleichen – Zukunftsperspektiven eröffnen	4
Nepal: Gerechtigkeit hat viele Gesichter	6
Kolumbien: Vom schwierigen Weg zu einem Ausgleich zwischen Tätern und Opfern	7
<b>Im Fokus: Krisenprävention</b>	
Frühwarnung vor neuen Herausforderungen	8
Landkonflikte: Vorsorgen, bevor der Streit um Grund und Boden eskaliert	10
Weitblick ist gefragt: Die regionale Dimension der Konflikte im Tschad und im Sudan	11
<b>Im Fokus: Internationale Prozesse</b>	
Am internationalen Friedenstag: Mehr Öffentlichkeit für den Frieden	12
Pariser Erklärung: Wirksamkeit und Friedensförderung gehören zusammen	14
Libanon: Nur mit passenden Strategien lässt sich Frieden fördern	16
Kommunikation: Gut informiert	18
FriEnt im Detail	19



## Entwicklung für Frieden

„Frieden entwickeln!“ – unter diesem Motto beging die Arbeitsgemeinschaft Entwicklungspolitische Friedensarbeit den internationalen Friedenstag der Vereinten Nationen im September 2007. Angesichts der Schlagzeilen des vergangenen Jahres besitzt dieses Motto für uns mehr Gültigkeit denn je.

Nicht wegen, sondern trotz düsterer Prognosen und Bilder der Gewalt engagieren sich die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft weltweit für die Prävention gewalttätiger Konflikte und für die Förderung eines nachhaltigen Friedens. Ob Friedenserziehung, Dialog und Traumaarbeit, Unterstützung von Justizreformen und Menschenrechtsbeobachtung oder die Entwicklung krisenpräventiver Politikstrategien, Öffentlichkeitsarbeit, Forschung und Analysen: Auf unterschiedliche Weise tragen die staatlichen und zivilgesellschaftlichen Mitglieder von FriEnt dazu bei, dass sich Frieden entwickeln kann und die vielfältigen Ansätze und Potenziale der entwicklungspolitischen Friedensarbeit in der deutschen Politik und Öffentlichkeit Aufmerksamkeit und Anerkennung finden.

Die Herausforderungen der Krisenprävention und zivilen Friedensförderung sind dabei in den vergangenen Jahren immer komplexer geworden: Zu dem „Mehr“ an Organisationen, die in diesem Bereich tätig sind, hat sich ein „Mehr“ an Strategien und Themen gesellt. Heute bewegen wir uns in einem Umfeld, in dem Missionen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union oder Entscheidungen des Internationalen Strafgerichtshofes ebenso relevant sind wie Konfliktursachen und -dynamiken auf lokaler, nationaler oder regionaler Ebene. Hinzu kommen Fragen des Zusammenwirkens ziviler und militärischer Akteure, nach der Rolle Chinas in Afrika oder nach dem Konfliktpotenzial des Klimawandels.

Vor diesem Hintergrund bietet die Arbeitsgemeinschaft ihren staatlichen und zivilgesellschaftlichen Mitgliedsorganisationen eine einzigartige Vernetzungs- und Lernplattform. Zu ausgewählten Themen und Ländern bündelt FriEnt Informationen, gibt Raum für innovative Fragestellungen, gemeinsame Lernprozesse und kritische Reflexion und berät bei Strategie- oder Umsetzungsfragen. Seit nunmehr acht Jahren fördert FriEnt dadurch den gleichberechtigten, vertrauensvollen Dialog zwischen Staat und Zivilgesellschaft, regt Kooperationen an und unterstützt den Kompetenzaufbau bei allen Mitgliedern. FriEnt folgt der Idee, dass sich das Engagement unterschiedlicher Organisationen ergänzen und gegenseitig befruchten kann – und dass damit aus dem „Mehr“ an Akteuren und Konzepten auch ein „Mehr“ an Chancen für Frieden und nachhaltige Entwicklung entstehen kann.

Auch in Zukunft werden uns Nachrichten über Krisen und Kriege verfolgen. Für die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft, und mit ihnen eine Vielzahl anderer Akteure, bleibt somit die Herausforderung, ihre Arbeit kontinuierlich anzupassen und weiterzuentwickeln. Dabei sollten uns unsere eigenen Erfahrungen in Deutschland daran erinnern, dass Frieden, eine den sozialen Zusammenhalt fördernde wirtschaftliche Entwicklung und Demokratie generationsübergreifende Aufgaben sind und bleiben. Nicht schnelle externe Lösungen sind deswegen gefragt, sondern Geduld, Kontinuität und Partnerschaft.

Bonn, März 2009

Dr. Ulla Mikota, BMZ

Dr. Wolfgang Heinrich, EED

Vorsitzende des FriEnt-Lenkungsausschusses



## Entwicklungspolitische Friedensarbeit braucht Vielfalt

Ob Rückkehr in den Heimatort, bessere Bildungschancen und ein gesichertes Einkommen oder mehr politische Teilhabe und Rechtstaatlichkeit: So vielfältig die Erwartungen von Menschen an Frieden und Entwicklung sind, so vielfältig muss entwicklungspolitische Friedensarbeit sein. Das FriEnt-Team arbeitet täglich mit und in dieser Vielfalt. Wir freuen uns daher, Ihnen mit den Berichten 2007/2008 Einblicke in unsere unterschiedlichen Aktivitäten und das Engagement der FriEnt-Mitgliedsorganisationen zu geben.

Kolumbien, Nahost, Nepal, Tschad und Sudan: Wir konzentrieren uns auf Länder und Regionen, in denen unsere staatlichen und zivilgesellschaftlichen Mitglieder gleichermaßen aktiv sind. Bei aller Unterschiedlichkeit tauchen hier immer wieder ähnliche Fragen auf: Wie kann einer Eskalation von Gewalt vorgebeugt werden? Was kann getan werden, um vergangenes Unrecht auszugleichen und den Menschen Perspektiven für die Zukunft zu geben? Und welchen Einfluss haben die Politik und die Strategien multilateraler Organisationen auf die friedliche Transformation von Gewaltkonflikten? Diese und viele andere Fragen behandelt FriEnt im Rahmen seiner Schwerpunktthemen.

Drei dieser Themen und damit verbundene FriEnt-Länderprozesse stellen wir Ihnen auf den folgenden Seiten vor. Unser besonderer Dank gilt dabei den Kolleginnen und Kollegen unserer Mitgliedsorganisationen und den anderen Gesprächspartnern, die in Interviews über ihre Erfahrungen berichten und ihre Standpunkte vorstellen.

Die Jahre 2007 und 2008 haben für die Arbeitsgemeinschaft einige Veränderungen mit sich gebracht. Die Vertretung der politischen Stiftungen wechselte von der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Heinrich-Böll-Stiftung. Nach langjährigem Engagement schied außerdem Adolf Kloke-Lesch aus dem Vorsitz aus. FriEnt konnte aber auch zahlreiche neue Kolleginnen und Kollegen im Team, im Lenkungsausschuss sowie in den Kontaktstellen der Mitgliedsorganisationen begrüßen.

Auch inhaltlich wurden – und werden – neue Akzente gesetzt: FriEnt widmet sich nun verstärkt Prozessen auf europäischer und multilateraler Ebene, beleuchtet kritisch Paradigmen der Friedensförderung und beschäftigt sich mit präventiven Ansätzen zur Bearbeitung von Landkonflikten. Den Kaukasus und Indonesien haben wir als weitere Länderschwerpunkte in unser Programm aufgenommen.

Der rote Faden in dieser thematischen und geographischen Vielfalt ist und bleibt das Anliegen von FriEnt, dass entwicklungspolitische Friedensarbeit dort so viel wie möglich bewegt, wo Menschen von Kriegen und Konflikten betroffen oder bedroht sind.

Das FriEnt-Team wünscht Ihnen eine anregende Lektüre!

Natascha Zupan  
Leiterin FriEnt-Team





## Vergangenes Unrecht ausgleichen – Zukunftsperspektiven eröffnen

„Auch der gute Wille hat ein Verfallsdatum, wenn die Menschen keine Besserung ihrer Lebensqualität spüren und wenn selbst die Hoffnung auf ein besseres Leben für die Kinder schwindet“, sagt Undine Whande, die zehn Jahre mit Opfern der Apartheid in Südafrika gearbeitet hat. Sie erklärt: „Die Menschen haben der Wahrheitskommission einen Vertrauensvorschuss gegeben, denn sie stand symbolisch für den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Wandel. Doch die Hoffnungen auf tiefgehende strukturelle Veränderungen, mehr Mitgestaltung und Umverteilung haben sich für viele nicht erfüllt – und damit verliert die Wahrheitskommission ihre symbolische Kraft. Übrig bleiben die Wut auf die neue Elite, soziale Spannungen, die sich in Gewalt entladen, und das geflügelte Wort vom ‚unfinished business‘ der Wahrheitskommission.“

Südafrika ist kein Einzelfall: Ost-Timor, Sierra Leone, Liberia, Peru und unlängst Kenia – die meisten von Krieg und Gewalt erschütterten Länder richteten im letzten Jahrzehnt Wahrheitskommissionen ein. Gemeinsam mit Strafgerichten etablierten sie sich international als zentraler Mechanismus für die Aufarbeitung vergangenen Unrechts, die auch als Transitional Justice bezeichnet wird.

Doch von wenigen Ausnahmen abgesehen konzentrierten sich diese Kommissionen auf die Untersuchung schwerer Menschenrechtsverletzungen. Die tiefer liegenden Gründe für Gewalt, wie etwa die wirtschaftliche, kulturelle und politische Marginalisierung von Minderheiten, ungleiche Ressourcenverteilung oder Landnahme, blieben weitgehend ausgeklammert. Ohne Zweifel ist dies häufig den begrenzten zeitlichen und finanziellen Kapazitäten der Kommissionen geschuldet. Möchte man jedoch mit Kommissionen und anderen Transitional Justice Mechanismen nicht nur den Blick zurück auf begangene Gewalttaten werfen, sondern auch einen Grundstein für bessere Lebensbedingungen legen,



### FriEnt-Aktivitäten

- Engaging with Victims and Perpetrators in Transitional Justice and Peace Building Processes, internationaler Workshop mit KOFF/swisspeace (Februar 2008)
- Transitional Justice in the Democratic Republic of Congo, internationaler Workshop mit dem Ökumenischen Netzwerk Zentralafrika (März 2008)
- Memory, Memorials and Museums – Erfahrungen und Perspektiven, Arbeitsgespräch (Oktober 2008)
- Enforced Disappearances, Arbeitsgespräch (November 2008)

drängt sich die Frage auf, welche Aspekte in Zukunft größere Beachtung verdienen. George Wachira von der Nairobi Peace Initiative ist davon überzeugt, „dass wir eine zweite ‚Transitional Justice Generation‘ entwickeln müssen“.

## Transitional Justice und Entwicklung

Was dies konkret bedeuten könnte, beschäftigt FriEnt seit der Organisation des Workshops „Looking Back and Moving Forward – The Nexus between Transitional Justice and Development“ bei der internationalen Konferenz „Frieden und Gerechtigkeit – Bausteine der Zukunft“ im Sommer 2007. Ein Ergebnis des gemeinsam mit dem BMZ durchgeführten Workshops war, dass sich Gerechtigkeit nicht auf die Offenlegung und Ahndung von Kriegsverbrechen beschränken darf. Gerechtigkeit hat unterschiedliche Dimensionen, wie das Beispiel Nepals zeigt: Ob „Bildungschancen, sauberes Trinkwasser, wirtschaftliche Entwicklung oder Demo-

wenig untersucht sind, hat FriEnt 2007 und 2008 ein Forschungsvorhaben des International Center for Transitional Justice begleitet.

Die unterschiedlichen Dimensionen von Gerechtigkeit verweisen gleichzeitig auf die Unteilbarkeit politisch-bürgerlicher sowie wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte (wsk-Rechte). Deshalb untersucht FriEnt gemeinsam mit dem Sektorvorhaben „Menschenrechte in der Entwicklungszusammenarbeit“ der GTZ seit Sommer 2008 Fragen zur Integration von wsk-Rechten in Transitional Justice Mechanismen: Welche Wahrheitskommissionen haben die Untersuchung dieser Rechte explizit in ihr Mandat aufgenommen und welche Erfahrungen wurden damit gemacht? Waren Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Ausbeutung von Rohstoffen Gegenstand von internationaler Strafverfolgung und welche Signale könnten von solchen Prozessen für die Wiederherstellung von Rechtstaatlichkeit ausgehen? Die Ergebnisse beider Vorhaben, die Hinweise für die Entwicklung einer zweiten Transitional Justice Generation geben, werden 2009 vorliegen.



kratie und politische Rechte: Die ländliche Bevölkerung in Nepal hat ein ganz anderes Verständnis von Frieden und Gerechtigkeit als die Menschen in der Hauptstadt Kathmandu“, so Arjun Karki, Direktor von Rural Reconstruction Nepal, während des Workshops.

Deshalb müssen Arbeitsansätze, Erfahrungen und Kompetenzen aus Entwicklungszusammenarbeit und Transitional Justice stärker zusammengeführt und aufeinander abgestimmt werden. Nicht wahllos, sondern gezielt wie beispielsweise im Bildungs- und Gesundheitssektor, im Umgang mit Konfliktressourcen oder beim Landmanagement. Da diese Schnittstellen noch

## Täter und Opfer

Eine zweite Generation muss auch fragen, was Kommissionen, Tribunale und Entschädigungsprogramme langfristig leisten können, damit alle Betroffenen ihre Identitäten als Täter oder Opfer überwinden können. „Wir sollten Opfer von Gewalt nie in dem Glauben lassen, dass Wahrheitsfindung gut für sie ist. Wahrheitsfindungsprozesse sind nicht für sie, sondern für ihre Gesellschaft – und Opfer sollten für die Teilnahme an einem solchen Prozess kompensiert werden“, sagt Marie Smyth, die in den 1990er Jahren gemeinsam mit unterschiedlichen Opfergruppen eine Studie über die Todesopfer des Nordirlandkonflikts zusammengestellt hat.

Über die Re-Traumatisierung von Zeugen, enttäuschte Hoffnungen auf Anerkennung und Entschädigung oder über Konkurrenz zwischen Opfergruppen wird auch aus anderen Ländern berichtet. Auch lässt lang andauernde, umfassende Gewalt die Linien zwischen Tätern und Opfern verschwimmen. Einfache Zuschreibungen und Kategorien greifen nicht mehr, und schließlich sind Länder wie Afghanistan, Bosnien oder Ruanda mit einer kaum überschaubaren Zahl von Tätern konfrontiert.

Vor welchen Herausforderungen entwicklungs- und friedenspolitische Organisationen beim Umgang mit Tätern und Opfern stehen und wie man diesen Herausforderungen begegnen kann, stand im Mittelpunkt des gemeinsam mit dem Kompetenzzentrum Friedensförderung (KOFF/swisspeace) veranstalteten Workshops „Engaging with Victims and Perpetrators in Transitional Justice and Peace Building Processes“. Wer mit Überlebenden von Gewalt arbeitet, muss auch die Täter in den Blick nehmen, lautete eine zentrale Empfehlung des Workshops. Auch hier gilt es, nicht nur vergangenes Unrecht zu ahnden oder auszugleichen, sondern beiden Gruppen Zukunftsperspektiven zu eröffnen.





## Nepal: Gerechtigkeit hat viele Gesichter

Im Mai 2008 erklärte die verfassungsgebende Versammlung Nepals das Land zur Republik. Die Monarchie war gestürzt und der zehn Jahre währende Bürgerkrieg im Land beendet. Mit Frieden verbinden die Menschen jedoch nicht nur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – nach Jahren der systematischen Ausgrenzung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und großer Armut hoffen sie vielmehr auf echte Entwicklungschancen.

*Dr. Arjun Karki, Direktor von Rural Reconstruction Nepal, über die Bedeutung der Aufarbeitung vergangenen Unrechts für die Zukunft Nepals:*

*Sie setzen sich dafür ein, dass Transitional Justice und Entwicklung zusammen behandelt werden. Welche Rolle spielt diese Verquickung aktuell in Nepal?*

Trotz des positiven politischen Wandels taumelt Nepal durch eine Spirale von Unsicherheit, Misstrauen, Korruption und Aufruhr. Solange diese Probleme nicht gelöst sind, besteht die ernsthafte Gefahr, dass Nepal in einen neuen Konflikt von noch größerem Ausmaß gerät. Gleichzeitig warten Millionen Bürger und dabei insbesondere die Armen und die Opfer des Konflikts auf eine Friedensdividende. Vor diesem Hintergrund sollten Transitional Justice und Entwicklung Hand in Hand gehen.

*Welches sind die unterschiedlichen Dimensionen von Gerechtigkeit in Nepal?*

In der Vergangenheit hat Nepal den engen Zusammenhang zwischen seiner Unterentwicklung und verschiedenen Formen von Ungerechtigkeit nicht beachtet. Viele der schon lange vor dem Gewaltkonflikt bestehenden Probleme beruhen auf einer Diskriminierung verschiedener Bevölkerungsgruppen wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Ethnie oder Kaste oder aufgrund ihres Geschlechts. Hinzu kommt die fehlende Gerechtigkeit bei der rechtlichen und politischen Umsetzung des Rechts auf Entwicklung. Daher sind der aktuelle Prozess der Verfassungsgebung und die Friedensinitia-

tiven die wichtigsten Bereiche, in denen alle gesellschaftlichen Kräfte dazu beitragen können, früheres Unrecht zu beheben sowie mehr Gleichheit und einen nachhaltigen Frieden zu erlangen.

*Welche Erfahrungen anderer Länder im Hinblick auf Transitional Justice und Entwicklung sollte Nepal für sich in Betracht ziehen?*

Meinem Verständnis nach müssen Unrecht, Misstrauen und Feindseligkeiten in einem Prozess der Wahrheitsfindung und Versöhnung behandelt werden. Allerdings bin ich nicht der Meinung, dass es eine Amnestie für Täter geben sollte. Stattdessen sollten die Täter zunächst identifiziert und dann zur Verantwortung gezogen werden, weil Wahrheit und Reparationszahlungen kein Ersatz für Gerechtigkeit sein können.

*Was würden Sie deutschen Organisationen der entwicklungspolitischen Friedensarbeit für ihre Aktivitäten in Nepal empfehlen?*

Der gewaltsame Konflikt in Nepal brach nicht nur aufgrund von politischen Problemen aus, sondern hatte die sozialen und ökonomischen Ungleichheiten im Land als Ursache. Deshalb sollten deutsche staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit bei der Entwicklung ihrer Strategien mit bedenken.

### FriEnt-Aktivitäten

Seit 2003 begleitet FriEnt die Arbeitstreffen Nepal, aktuell zu folgenden Themen:

Umsetzung von Konfliktsensibilität (September 2007)

Fragile Staatlichkeit und Aufarbeitung von Gewalt (Mai 2008)

Aktuelle Entwicklungen und Regierungskonsultationen (Oktober 2008)





## Kolumbien: Vom schwierigen Weg zu einem Ausgleich zwischen Tätern und Opfern

Das Gesetz „Gerechtigkeit und Frieden“, 2005 von der kolumbianischen Regierung verabschiedet, sieht zwar Wiedergutmachung und Versöhnung vor – aber auch weitgehende Straffreiheit für Täter und geringe Partizipationsmöglichkeiten für Opfer. Diese Schwächen und die parallel verlaufende Demobilisierung paramilitärischer Einheiten lösten heftige Kontroversen aus: Führt der Prozess zu mehr Sicherheit oder manifestiert er Straflosigkeit? Können schwere Menschenrechtsverletzungen aufgedeckt werden oder werden die Täter mit Reintegrationsangeboten belohnt, während eine Entschädigung für die Opfer ausbleibt?

Diese Fragen standen wiederholt im Mittelpunkt des FriEnt-Rundtischs Kolumbien. Zwei seiner Mitglieder, Annette Chammas, Länderreferentin im BMZ, und Stefan Oferinger, Berater für Menschenrechtsarbeit bei Misereor, schildern ihren Umgang mit der Täter-Opfer-Problematik:

### *Vor welchen Herausforderungen stehen Sie im Hinblick auf Demobilisierung und Wahrheitsfindung?*

S. Oferinger: Es gibt nur wenig politischen Willen zur Wahrheitsfindung, denn paramilitärische Führer sind politisch einflussreich und eine große Zahl offiziell Demobilisierter ist weiterhin in paramilitärischen Einheiten aktiv. Es fehlt an strukturellen Voraussetzungen, um die Wahrheit über ihre Verbrechen aufzudecken und zu einem Ausgleich zwischen Tätern und Opfern zu gelangen. Unsere Partner sagen, dass die Zeit noch nicht reif sei. Die Gewalt geht weiter, und in den vergangenen Jahren sind mehr als 20 Menschen umgekommen, die über paramilitärische Verbrechen ausgesagt haben.

A. Chammas: Eine zentrale Herausforderung ist, konstruktiv an den strukturellen Voraussetzungen für Gewaltminderung, Rechtsstaatlichkeit und Wahrheitsfindung zu arbeiten und gleichzeitig die Konfliktdynamiken im Auge zu behalten. Die Täter-Opfer-Proble-

### FriEnt-Aktivitäten

Von London über Cartagena nach Bogotá. Politische Dialoge und internationale Zusammenarbeit für Frieden und Entwicklung, Rundtisch (September 2007)

Die Überwindung des Stillstands. Neue Perspektiven für Frieden und gerechte Entwicklung?, Rundtisch (März 2008)

matik ist für die Zivilgesellschaft ein sensibles Thema. Hier bestehen weiterhin Differenzen – nicht in der Gewichtung, sondern in der Behandlung des Themas. Für uns sind Ansätze wichtig, die Opfer und ehemalige Kämpfer in den Blick nehmen. Der Täter-Opfer-Workshop von FriEnt hat dazu gute Hinweise gegeben.

### *Wie hat sich Ihre Arbeit in den vergangenen Jahren verändert?*

A. Chammas: Die Beschäftigung mit der Täter-Opfer-Problematik haben zu einer stärkeren Fokussierung auf die Opfer geführt. Unser erweitertes Rechtsstaatlichkeitsprogramm widmet sich nun auch dem Zugang der Opfer zum Rechtsstaat. Außerdem unterstützen wir Lokalverwaltungen bei der Integration von Opfern und Demobilisierten. In einem so schwierigen und polarisierten Kontext wie Kolumbien hat der FriEnt-Rundtisch eine einzigartige Plattform für gemeinsames Lernen und Vertrauensbildung geboten.

S. Oferinger: Wir haben uns nicht grundsätzlich neu orientiert, aber unser Blickwinkel hat sich durch die Diskussionen im Rahmen von FriEnt erweitert. Der Dialogprozess zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen war nicht immer einfach. Nun sprechen wir jedoch konkret darüber, wie sich unsere Arbeit in Kolumbien gegenseitig befruchten kann. So haben wir unsere Partner eingeladen, ihre Erfahrungen in das Programm zur Rechtsstaatlichkeit der GTZ einzubringen. Dieser Prozess ist für unsere Partner und uns eine spannende Erfahrung.





## Frühwarnung vor neuen Herausforderungen

Anfang 2008 löste die Eskalation politischer Unruhen in Kenia großes Erschrecken aus. Bei der Auszählung der Stimmen zur Präsidentschaftswahl in den letzten Dezembertagen 2007 waren Wahlmanipulationen bekannt geworden. Auf die ersten friedlichen Proteste folgten innerhalb weniger Tage massive Vertreibungen, Brandschatzung und Mord. Ende Februar 2008 stabilisierte sich die Lage, nachdem die Führer der beiden stärksten Parteien durch die Vermittlung von Kofi Annan ein Abkommen zur Machtteilung vereinbart hatten. Viele waren von der Dynamik der Gewalt überrascht und fragten, warum Frühwarnung und Prävention versagt hatten.

Seit den 1990er Jahren hat das Thema Krisenprävention bei vielen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland sowie international seinen Platz gefunden. Im Mittelpunkt des Interesses steht dabei das Anliegen, Mechanismen zu entwickeln, die vor Gewalteskalationen warnen und (Re-)Aktionen initiieren, die eine Zuspitzung von Konflikten verhindern oder begrenzen.

Die Mitgliedsorganisationen von FriEnt engagieren sich auf unterschiedliche Weise in diesem Bereich, sei es beim Aufbau eigener Analyseinstrumente, bei der Unterstützung von Frühwarnkapazitäten in multilateralen Institutionen oder der Entwicklung von lokalen Alarmsystemen und Präventionsmechanismen. FriEnt begleitet dieses Engagement und konzentriert sich dabei insbesondere darauf, Wissenschaft und Praxis miteinander ins Gespräch zu bringen und Erfahrungen auszutauschen.

Angesichts der zahlreichen, meist unerwarteten Gewalteskalationen des Jahres 2008 stehen Forschungseinrichtungen und Organisationen der entwicklungspolitischen Friedensarbeit vor alten und neuen Herausforderungen: Welchen Beitrag können Datenbanken, die



### FriEnt-Aktivitäten

Krise in Kenia - Was haben wir übersehen und wie geht es weiter?, Fachgespräch (April 2008)

Das Fachgespräch machte deutlich, dass die polarisierende Wirkung des Wahlkampfes lokal wie international unterschätzt worden war. Seit 2005 hatten alle politischen Parteien dazu beigetragen, dass sich die ethnischen Konfliktlinien sukzessive verschärfen. Die Teilnehmer des Fachgesprächs empfahlen, bei der Weiterentwicklung präventiver Ansätze die Handlungsoptionen potenzieller Wahlverlierer besser zu analysieren und politische Akteure auf einen konstruktiven Umgang mit Wahlverlusten vorzubereiten.

Fakten über das weltweite Konfliktgeschehen zusammenstellen und auswerten, für eine wirkungsvollere Friedensentwicklung leisten? Welche Daten sind verfügbar und wie zeitnah können sie erfasst werden? Wie kann das Verhältnis zwischen stabilisierenden und destabilisierenden Kräften und Prozessen innerhalb von Gesellschaften quantitativ erfasst und bewertet werden?

Die Ereignisse in Kenia fügen diesen Fragen noch weitere hinzu: Wie können komplexe historische Erfahrungen und Konfliktlinien, die das Wertesystem und die Handlungsmuster einer Gesellschaft prägen, im Rahmen der Frühwarnung erfasst und ihre Wechselwirkung mit aktuellen sozioökonomischen und politischen Prozessen eingeschätzt werden? Welche Dynamiken lösen Demokratisierungsprozesse in Nachkriegsgesellschaften aus, welche Risiken bergen Wahlen in jungen Demokratien wie Kenia? Was bedeutet dies für die Abfolge von Reformschritten sowie für die Gestaltung von Maßnahmen zur Unterstützung von Wahlen? Im Rahmen seiner Arbeit zu Frühwarnung und Krisenprävention wird FriEnt diesen Fragen nachgehen und dabei zunächst Chancen und Risiken von Wahlen in den Blick nehmen.

## Sand im Getriebe: Die Umsetzung von Forschungsfortschritten stockt

Interview mit Prof. Dr. Tobias Debiel, Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) an der Universität Duisburg-Essen

*Die Entwicklung von Frühwarnsystemen erhält aktuell viel Aufmerksamkeit. Welche Fortschritte hat die Forschung in jüngerer Zeit gemacht?*

Durch die Verbindung quantitativer und qualitativer Methoden erreichen Modelle der Political Instability Task Force von der Maryland University mittlerweile eine Vorhersagewahrscheinlichkeit von über 80 Prozent. Zugleich gibt es aber bei Entscheidungsträgern in Politik und Gesellschaft eine weit verbreitete Skepsis gegenüber dem praktischen Nutzen. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, dass in den vergangenen Jahren FEWER (Forum on Early Warning and Response) seine Arbeit einstellen musste und jüngst auch FAST (Frühanalyse von Spannungen und Tatsachenermittlung), eine Einrichtung von swisspeace, geschlossen wurde.

*Wo liegen die Hauptprobleme der Frühwarnung?*

Zunächst wissen wir wenig darüber, warum recht kleine Ereignisse in manchen Fällen Auslöser massiver Gewalt sind, in anderen Fällen jedoch nicht. Die gängigen Modelle arbeiten mitunter mit Schwellenwerten, die aber ziemlich willkürlich festgelegt sind. Unsicherheit gibt es auch darüber, wie die Identifizierung von Gewaltursachen zur Krisenprävention beiträgt. Beispielsweise ist sich die Forschung mittlerweile weitgehend einig, dass eine hohe Kindersterblichkeit und hybride Regimetypern – also solche, die zwischen Autokratie und Demokratie angesiedelt sind – signifikant mit Gewalt korrelieren. Bedeutet dies aber, dass Gesundheitsprogramme gewaltmindernd wirken oder dass wir auf Demokratieförderung in Autokratien verzichten sollten?

*Sind diese Unsicherheiten auch ein Grund dafür, dass eine frühe Reaktion auf Warnsignale häufig ausbleibt?*

Gewiss, doch es gibt auch weitere Gründe: Entscheidungsträger brauchen maßgeschneiderte Analysen und Empfehlungen, die häufig in dieser Form nicht vorliegen. Entscheidungsträger leiden zudem häufig an einer Überlastung mit Informationen und greifen dann lieber auf die Quellen und Einschätzungen ihres unmittelbaren Umfelds zurück.

*Was sind die Aktivitäten des INEF in diesem Bereich?*

Wir haben im vergangenen Jahr einen internationalen Workshop organisiert, in dem der wissenschaftliche Forschungsstand mit dem vom BMZ verwendeten Indikatorenmodell abgeglichen wurde. Hier sind eine Reihe interessanter Hintergrundstudien und Evaluationen



entstanden. Für das Crisis States Programme der London School of Economics haben Herbert Wulf und ich jüngst verglichen, wie Regionalorganisationen sich im Bereich von Frühwarnung und frühzeitiger Reaktion engagieren. Dabei ist deutlich geworden, dass gerade in Subsahara-Afrika innovative Projekte in Gang gesetzt wurden, so etwa das Continental Early Warning System (CEWS) der Afrikanischen Union, der Conflict Early Warning Response Mechanism (CEWARN) am Horn von Afrika oder das West Africa Early Warning Network (WARN). Allerdings lässt die Umsetzung deutlich zu wünschen übrig.

Capacity Building ist nützlich. Zugleich hängen Erfolge entscheidend vom politischen Willen der beteiligten Regierungen ab. Frühwarnung gelingt in einem von Misstrauen geprägten Umfeld deshalb zunächst eher bei lokalen beziehungsweise noch nicht allzu stark politisierten Konflikten.





## Landkonflikte: Vorsorgen, bevor der Streit um Grund und Boden eskaliert

Es hätte eine gute Nachricht sein können: In Bankilaré im Westen des Niger will eine europäische Entwicklungsorganisation eine dringend benötigte Schule bauen. Aus dem Vorhaben wird nichts – es findet sich in der Gemeinde kein Grundstück. Zwar gibt es geeignete Bauplätze, aber keine, bei denen die Eigentumsverhältnisse nicht heftig umstritten sind. In Bankilaré reklamieren die hier traditionell ansässigen Songhai und die früheren Nomadenvölker der Tuareg und Fulbe jeweils das gesamte städtische Territorium für sich.

Die Songhai bestreiten, im 19. Jahrhundert Teile des Landes den Tuareg und Fulbe überlassen zu haben, damit sich diese sesshaft machen können. Lange Zeit war dies kein Problem – es gab genügend Land für alle. Der Grund für die aktuelle Eskalation des Konflikts: Das rasante Bevölkerungswachstum und die ökologische Degradierung vieler Flächen haben dazu geführt, dass Land knapp und äußerst begehrt ist.

Konflikte um Landnutzung und Besitzrechte sind in vielen Krisenregionen die Ursache von gewaltsamen Konflikten – allein in Afrika waren sie für 29 der 32 seit 1990 ausgetragenen Kriege mit verantwortlich. In Kenia wurde im Januar 2008 deutlich, welches Gewaltpotential diese Konflikte entwickeln können, wenn sie etwa mit ethnischen Rivalitäten oder politischen Machtkämpfen zusammentreffen. Oft sind die Ursachen aber auch, dass Land für private Investitionen wie in Guatemala enteignet wird oder rückkehrende Flüchtlinge nach gewaltsamen Konflikten wie in Burundi Land beanspruchen.

Deshalb beschäftigt sich FriEnt seit 2008 mit Landkonflikten – und zwar aus zwei Blickwinkeln: Zum einen sieht FriEnt in der Prävention von gewaltsam ausgetragenen Landkonflikten eine wichtige Aufgabe für die entwicklungspolitische Friedensarbeit. Andererseits nähert sich FriEnt dem Thema im Rahmen seiner Arbeit zu Transitional Justice.

### „Wir müssen auf unterschiedlichen Ebenen präventiv zusammenarbeiten“

Interview mit Uta Bracken, EIRENE-Koordinatorin im Niger

#### *Was kann der Zivile Friedensdienst zur friedlichen Lösung von Landkonflikten im Niger beitragen?*

Trainings und Informationskampagnen helfen, dass Konflikte um natürliche Ressourcen gewaltfrei gelöst werden können. Sie wenden sich beispielsweise an Landkommissionen auf Dorf-, Gemeinde- und Departementebene oder an gewählte Gemeindevertreter und traditionelle Chiefs. Häufig entstehen Konflikte aus Unwissen. Lokalradios können bei der Verbreitung von Gesetzen zum Landrecht und zu Möglichkeiten der Konfliktbearbeitung eine wichtige Rolle spielen. Deshalb bilden wir Journalisten in gewaltfreien Methoden aus.

#### *Welche Rolle spielt hier die Zusammenarbeit staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure?*

Der inhaltliche Austausch der Organisationen, die sich mit Landkonflikten im Niger beschäftigen, ist für uns sehr wichtig. Der FriEnt-Workshop im November 2008 bot für die anwesenden ZFD-Organisationen, für jene NRO, die kein Personal entsenden, sowie für die Vertreter von BMZ und GTZ hierfür eine gute Gelegenheit. Sie alle bearbeiten Landkonflikte auf verschiedenen Ebenen. Ihre Ansätze aber müssen im Sinne eines Mehrebenenansatzes ineinandergreifen, um wirksam zu sein.

### FriEnt-Aktivitäten

Landkonflikte in der Entwicklungszusammenarbeit, Fachgespräch (November 2008)

Mitwirkung an einer Dokumentation über die Prävention von Landkonflikten im Rahmen des ZFD im Niger (Mai 2008)



## Weitblick ist gefragt: Die regionale Dimension der Konflikte im Tschad und im Sudan

Wer die Unruhen im Tschad betrachtet, muss seinen Blick auch auf den Sudan richten. Von hier erhielten die tschadischen Aufständischen, die im Februar 2008 bis in die tschadische Hauptstadt N'Djamena vordrangen, Unterstützung. Derselbe Weitblick ist auch in umgekehrter Richtung notwendig: Tschader unterstützen Rebellen im Darfur, insbesondere das Justice and Equality Movement. Und auch Libyen und die Zentralafrikanische Republik spielen ihre Interessen in der Krisenregion aus – alle auf Kosten der Zivilbevölkerung.

Lange galt der Konflikt im Tschad als Spill-over der Darfur-Krise. Doch die Situation ist komplizierter und die Konflikte in der Region sind eng miteinander verbunden: Zum einen geht es um Ressourcenkonflikte zwischen Viehzüchtern in der Grenzregion, andererseits marginalisieren beide Regierungen verschiedene Minderheiten ihrer Bevölkerung. Auch das Interesse von Ländern wie China oder der USA an den Erdölvorkommen im Tschad und im Sudan trägt zur Verschärfung der Situation bei.

FriEnt hat sich 2008 dafür eingesetzt, dass externe Akteure die regionale Dimension der Konflikte verstärkt beachten und sieht im beginnenden Austausch der Zivilgesellschaften in der Region ein hohes Friedenspotential. Deshalb – so stellte FriEnt in einer gemeinsamen Konfliktanalyse mit Misereor fest – sollen Informationsaustausch, gemeinsame Konferenzen in Drittländern und Fortbildungsmaßnahmen der Zivilgesellschaft helfen, regionale Friedensallianzen aufzubauen.

Seit 2006 veranstaltet FriEnt einen Rundtisch Tschad/Sudan. An den Treffen beteiligen sich etwa 30 Vertreter deutscher Entwicklungs- und Hilfsorganisationen, zivilgesellschaftlicher Netzwerke, Menschenrechtsorganisationen und Mitarbeiter des BMZ.

### FriEnt-Aktivitäten

- Friedensmissionen und Perspektiven deutscher Entwicklungszusammenarbeit, Rundtisch (Dezember 2007)
- Responsibility to Protect in Darfur, Workshop mit VENRO (Mai 2008)
- Die Rolle Chinas in der Region und zivilgesellschaftliche Aktivitäten zu Wahlen und Referendum, Rundtisch (Dezember 2008)

#### *Marina Peter, Leiterin des Sudan Focal Point Europe, zum regionalen Ansatz des Rundtischs:*

Konflikte sind nicht isoliert voneinander zu betrachten, sondern bedingen sich gegenseitig, ganz besonders auch im erweiterten Horn von Afrika. Der Tschad/Sudan-Rundtisch hat dazu beigetragen, diese Wahrnehmung zu schärfen. Hinzu kam, die Lobbyarbeit dafür zu stärken, dass die Zivilgesellschaft im Tschad einen eigenen Friedensprozess im Land fordert, und dass es langfristig nicht zu einem dauerhaften Frieden führt, Tschad nur als spill-over-Effekt von Darfur zu behandeln. Gleiches gilt für die Verbreitung der Erkenntnis, Darfur im regionalen Kontext zu sehen, aber auch im Zusammenhang der Problematik im gesamten Sudan.

#### *Jörg Heinrich, Programm-Manager, Regionalgruppe Ost- und südliches Afrika bei der Deutschen Welthungerhilfe:*

„Der Tschad/Sudan-Rundtisch ist ein wichtiges Instrument für den Austausch zwischen Vertretern von Hilfs- und Entwicklungsorganisationen. Neben Informationen zu Sicherheitsaspekten stehen politische oder soziale Themen im Mittelpunkt. Der Rundtisch bietet aber auch Raum, zivilgesellschaftliche Initiativen zu entwickeln und abzustimmen.“





## Am internationalen Friedenstag: Mehr Öffentlichkeit für den Frieden

### FriEnt-Aktivitäten



**Internationaler Friedenstag 2007:  
Frieden entwickeln. Deutschlands Rolle  
in der internationalen Friedenspolitik**  
(Berlin, September 2007)

Podiumsdiskussion mit Ruprecht Polenz, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Dr. Sabine von Schorlemer, Völkerrechtlerin an der TU Dresden und Prof. Dr. Konrad Raiser, Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen a.D.. Die Keynote Speech hielt Prof. Jan Pronk, ehemaliger Entwicklungsminister der Niederlande und Ex-Sondergesandter der Vereinten Nationen für den Sudan.

Es ist die Crux von Prävention und Friedensarbeit: Ihre Erfolge nimmt die Öffentlichkeit selten zur Kenntnis. Wenn aber Konflikte gewaltsam eskalieren, dann erhalten sie umso häufiger internationale Aufmerksamkeit. Deshalb wollen FriEnt und seine Mitglieder die Möglichkeiten von Friedensarbeit auch für eine breite Öffentlichkeit greifbarer machen.

**Internationaler Friedenstag 2008:  
Frieden stiften weltweit – Schlaglichter ziviler  
Friedensförderung**  
(Bonn, September 2008)

Podiumsdiskussion in Zusammenarbeit mit dem Evangelischen Entwicklungsdienst und der Friedrich-Ebert-Stiftung. Es diskutierten Dr. Martina Fischer vom Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung und Generalmajor a.D. Manfred Eisele über die Rolle ziviler Konfliktbearbeitung im Umfeld von UN-Friedensmissionen.

Der internationale Friedenstag am 21. September bietet hierfür eine gute Gelegenheit, findet Ulrich Frey vom Initiativkreis der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung: „Unabhängig von tagesaktuellen Ereignissen hat die gewaltfreie Konfliktbearbeitung an diesem Gedenktag die Aufmerksamkeit einer weltweiten Öffentlichkeit.“ Der internationale Friedenstag wurde von den Vereinten Nationen 2001 für Frieden, Gewaltfreiheit und für eine weltweite 24-stündige Waffenruhe ausgerufen.

Steffen Emrich, ebenfalls Mitglied im Initiativkreis der Plattform, betont: „Den internationalen Friedenstag müssen die zivilgesellschaftlichen Organisationen nutzen, um ihre vielfältigen Ansätze zu präsentieren und gleichzeitig ihre Geschlossenheit in ihrem Einsatz für eine friedlichere Welt zu dokumentieren.“





## Jan Pronk: Zehn Lehren zur Friedensförderung (Friedenstag 2007)

*Prof. Jan Pronk stellte bei der FriEnt-Veranstaltung anlässlich des internationalen Friedenstag 2007 zehn Lehren zur internationalen Friedenspolitik vor, die auf seinen entwicklungspolitischen Erfahrungen und seiner Analyse des gegenwärtigen internationalen Systems beruhen. Hier ein Auszug:*

- Konflikte sind komplex und meist politisch oder wirtschaftlich motiviert. Hinzu kommen kulturelle Aspekte mit ethnischen, religiösen oder sprachlichen Faktoren. Jeder Konflikt besitzt eine ökonomische Dimension, die durch die Erhöhung von Wirtschafts- und Sozialleistungen an die Bevölkerung minimiert werden kann. Deshalb schlage ich vor, die wirtschaftlichen Bedürfnisse zur Lösung eines Konflikts zu bedienen und damit den Weg für die Lösung politischer und kultureller Probleme zu ebnet.
- Externe Akteure können eine wichtige Rolle bei der Prävention von Konflikten spielen, beispielsweise im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Diese muss als Katalysator für den internen Wandel in einer Gesellschaft verstanden werden und somit lokale Friedenskräfte stärken. Jede internationale Anstrengung zur Friedensförderung muss holistisch und integriert sein – also nicht rein politisch, militärisch oder wirtschaftlich, sondern ganzheitlich. Allerdings benötigt ein mit Ernst verfolgter holistischer Ansatz ein langfristiges Engagement oft sogar über mehrere Jahrzehnte.
- Internationale Ansätze zum Konfliktmanagement und zur Prävention müssen für die betroffenen Gesellschaften glaubwürdig sein. Durch den Irakkrieg haben viele Friedensmissionen der Vereinten Nationen und sogar das gesamte internationale Rechtssystem großen Schaden genommen, weil sie vielerorts als nicht mehr glaubwürdig eingeschätzt werden. Deshalb müssen wir nun bei unseren Einsätzen sehr bescheiden auftreten.
- Die wichtigste Frage lautet: Welche Konfliktlösung sehen wir am Ende für eine Gesellschaft, in der wir als Katalysator für den Frieden tätig sind? Einer solchen Lösung müssen alle Konfliktparteien zustimmen, damit es nicht zu Vergeltungsaktionen kommt. Wenn externe Militärs interne Parteien besiegen, müssen wir immer noch einer Ausstiegsstrategie fragen.
- Konfliktlösungen müssen institutionalisiert werden, beispielsweise im Rahmen von Demokratisierung und guter Regierungsführung. Wir sollten als westliche Katalysatoren hier aber sehr bescheiden sein und nicht unsere westlichen Regeln und Standards in unseren Partnerländern anwenden. Wichtig ist bessere Regierungsführung in der Wahrnehmung der jeweiligen Bevölkerung gemäß deren Prioritäten. Dasselbe gilt für Demokratisierung; Demokratie muss von innen wachsen und kann nicht exportiert werden.

## Martina Fischer: Koordinierung ist nicht alles (Friedenstag 2008)

*Dr. Martina Fischer, stellvertretende Leiterin des Berghof Forschungszentrums für konstruktive Konfliktbearbeitung blickte bei der Veranstaltung zum internationalen Friedenstag 2008 unter anderem kritisch auf die Forderung nach verstärkter Koordinierung:*

Der Ruf nach besserer Koordinierung und Abstimmung zwischen zivilen und militärischen, staatlichen und nicht-staatlichen, internationalen und regionalen Initiativen sowie innerhalb einzelner Friedensmissionen wird immer wieder gebetsmühlenartig wiederholt. Aber ich denke, die größte aktuelle Herausforderung liegt vielmehr darin, dass internationale Organisationen und NRO ihre jeweiligen Möglichkeiten und Grenzen akzeptieren und realistische Erwartungen aneinander richten. Voraussetzung für Synergien zwischen militärischen Einsätzen und ziviler Friedensförderung



ist, dass die Mandate eindeutig geklärt und dass die zugrundeliegenden politischen Konzepte und Vorstellungen überzeugend sind und sich wirklich an Friedensförderung orientieren. Das kann man für einige der aktuellen internationalen Missionen nicht oder nur bedingt behaupten.

Ein negatives Beispiel scheint mir Afghanistan zu sein, wo Friedensförderungsversuche unterschiedlicher staatlicher und nichtstaatlicher Akteure mit Aufstandsbekämpfung und Kriegsstrategien im Rahmen des Antiterrorkampfes verschmelzen. Hier stehen Bundeswehrsoldaten und NRO-Akteure vor demselben Problem: Sie sind hilflos und unter Umständen ungefragt in verfehlte Staatsbildungsstrategien eingebunden. Da stellt sich die Frage nach möglichen Synergien plötzlich ganz anders beziehungsweise wird von der Frage der Instrumentalisierung von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe überlagert.



## Pariser Erklärung: Wirksamkeit und Friedensförderung gehören zusammen

Krisen und Konflikte stellen besondere Anforderungen an entwicklungspolitische Effektivität und Wirksamkeit. Dort, wo strukturelle oder offene Gewalt herrscht, reicht es nicht aus, entwicklungspolitische Verfahren zu verbessern, damit sie effektiver werden. Hier muss Entwicklungszusammenarbeit vor allem konfliktsensibel gestaltet werden, um nachhaltig wirksam zu sein.

Bei der dritten Konferenz zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Accra im September 2008 wurden die Fortschritte bei der Umsetzung der Pariser Erklärung überprüft. Diese Erklärung hatte 2005 Eigenverantwortung, Geberharmonisierung, die Anpassung an die Systeme der Partner, gegenseitige Rechenschaftspflicht und Ergebnisorientierung als Leitprinzipien der internationalen Entwicklungszusammenarbeit festgelegt. Bereits in diesen fünf Prinzipien der Pariser Erklärung fehlt ein Bezug zur konfliktsensiblen Gestaltung der neuen Hilfsmodalitäten und zu den Sicherheitsbedürfnissen der Zielgruppen. Auch in Accra wurden die Zusammenhänge von Wirksamkeit und Friedensförderung selten thematisiert.

Auf der Tagesordnung stand hingegen, welche Besonderheiten bei der Umsetzung der Pariser Erklärung in fragilen Staaten beachtet werden müssen. Unter anderem wurde hier vereinbart, die OECD-Prinzipien in fragilen Staaten zu überprüfen und die Finanzierung in Postkonflikt-Ländern zu optimieren. Auch die Zivilgesellschaft hat sich an den Debatten beteiligt: Im Abschlussdokument der Konferenz wird ihre eigenständige Rolle ausdrücklich bestätigt.

Für FriEnt sind im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Pariser Erklärung und Friedensförderung dies die wichtigsten Fragen: Wie verändert die Umsetzung der Pariser Erklärung Ansätze der Friedensförderung und Krisenprävention? Welche Auswirkungen hat die Erklärung auf Konfliktsituationen? Wie kann die Umsetzung der Pariser Erklärung konfliktensibel gestaltet werden?



### FriEnt-Aktivitäten

#### Auswirkungen der Pariser Erklärung auf Konflikte, Fachgespräch (Juni 2008)

Die Teilnehmer des Arbeitsgesprächs aus Afrika und Europa waren sich einig, dass immer eine politische Kontextanalyse die technische Umsetzung der Pariser Erklärung begleiten muss. Die Mechanismen und Instrumente wie Budgethilfe oder sektorweite Ansätze sollten an die jeweiligen Situationen angepasst und transparent gestaltet werden.

Die Pariser Erklärung eröffne aber auch Möglichkeiten für einen intensiveren politischen Dialog, in den Querschnittsthemen besser einfließen und marginalisierte Bevölkerungsgruppen effektiver berücksichtigt werden können.

## „Wir leisten uns zu viel Zersplitterung“

Interview mit Barbara Unmüßig, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

*Frau Unmüßig, Geberharmonisierung war 2008 in aller Munde. Trotzdem mangelt es noch häufig an der Abstimmung der Geber untereinander und mit den Partnerregierungen. Problem erkannt – aber noch nicht behoben?*

Aus meiner Sicht verstärkt sich die Fragmentierung derzeit sogar noch. Gerade bei der Krisenprävention und Konfliktbearbeitung beobachten wir, wie die Aufteilung des Themas auf verschiedene Ressorts, Beiräte und Koordinationsgruppen nicht zu einer Erhöhung der Kohärenz beigetragen hat. Wir leisten uns – insbesondere angesichts der Bescheidenheit der Mittel – zu viel Zersplitterung. Es mangelt weiterhin an einem kohärenten konzeptionellen Vorgehen. Wir müssen uns fragen, ob das im Sinne der Pariser Erklärung effizient ist.

Es wäre eine wesentliche Verbesserung, den Ressortkreis der Bundesregierung zu stärken und strategisch besser auszustatten. Aber auch auf zivilgesellschaft-



licher Seite sehe ich größeren Bedarf zur Abstimmung. Gerade in Konfliktregionen müssen sich die international tätigen NRO untereinander besser absprechen. Und letztlich müssen wir auch definitiv die Abstimmung zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren intensivieren.

*Partnerorientierung ist ein weiteres Prinzip der Pariser Erklärung. Gilt das auch in fragilen Situationen?*

Ja, externe Akteure – zivile oder staatliche – müssen alles dafür tun, damit Staaten ihre klassischen Funktionen wie die Gewährleistung von Sicherheit erfüllen können. Das ist oft ein Wettlauf mit der Zeit, da die Bevölkerung diese Leistungen sofort braucht. Man muss also beides tun: auf der einen Seite die Bevölkerung unterstützen, gleichzeitig aber den Aufbau des Staates nicht vernachlässigen. Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen darauf achten, dass sie in Postkonflikt-Situationen nicht dauerhaft staatliche Funktionen ersetzen und damit schwache staatliche Strukturen schwach halten. Wichtig ist aber auch, dass die einzelnen Geber kongruent unterwegs sind,

damit die Partnerländer nicht mit zahllosen Akteuren verhandeln müssen.

*Mit der Budgethilfe soll die Eigenverantwortung der Partnerländer gestärkt werden. Besteht nicht die Gefahr, dass auch Regierungen unterstützt werden, die Menschenrechte missachten oder Teile der Bevölkerung vom demokratischen Prozess ausschließen?*

Mein Eindruck ist, dass wir gerne über „Ownership“ reden, aber wenn es ernst wird, davor zurückschrecken. Budgethilfe ermöglicht es, dass in den Regierungsverhandlungen über die Bedingungen und strategischen Ziele von Entwicklungszusammenarbeit verhandelt wird. Wichtig ist aber auch, dass die Bundesregierung bei den Regierungsverhandlungen auf die politische Mitsprache der NRO achtet und restriktiver Gesetzgebung wie in Äthiopien entschieden entgegen tritt.

## „Accra ist ein Schritt vorwärts“

Interview mit Peter Lanzet, Experte für Entwicklungsfinanzierung beim Evangelischen Entwicklungsdienst

*Herr Lanzet, im September 2008 waren Sie als zivilgesellschaftlicher Vertreter auf dem dritten High-Level Forum in Accra. Wie bewerten Sie die Ergebnisse?*

Zum ersten Mal ist die Zivilgesellschaft auf einer offiziellen Regierungskonferenz als eigenständiger Akteur bestätigt und beteiligt worden. Endlich, denn Zivilgesellschaft ist der entscheidende Akteur im Entwicklungsprozess. Eine Reihe unserer Forderungen ist in das Abschlussdokument eingeflossen, wie etwa jene, die Transparenz der Entwicklungshilfe zu erhöhen. Wir haben allerdings nicht ausreichend deutlich gemacht, unter welchen schwierigen Bedingungen wir beispielsweise in Ländern mit einer sehr restriktiven NRO-Gesetzgebung arbeiten.

*Wurde in Accra auch über eine konflikt sensible Umsetzung der Erklärung in fragilen Staaten und in „normalen“ Partnerländern gesprochen?*

Accra ist gegenüber Paris ein Schritt vorwärts, da überhaupt über fragile Staaten und Konflikte gesprochen wurde. Und es ist ein Fortschritt, weil man jetzt länderspezifische Analysen für die Umsetzung der Prinzipien durchführen und dabei auch mit gesellschaftlichen Kräften zusammen arbeiten möchte. Es ist wichtig, dass die Förderung der Zivilgesellschaft in Konfliktregionen nicht versäumt wird. Dies muss aber nach gut überlegten Kriterien und mit einer langfristigen Perspektive erfolgen. Hier ist große Sensibilität und gezielte Unterstützung gefragt, damit nicht mehr Schaden als Nutzen angerichtet wird.

*War die Effektivität der NRO-Arbeit auch ein Thema in Accra?*

Im Zuge des Accra-Prozesses beschäftigen sich NRO mit ihrer eigenen Effektivität. Was heißt Effektivität für uns? Sollen wir überhaupt so einen Prozess starten oder wird uns dieser Prozess von staatlicher Seite aufgedrängt? Letzteres ist eine große Sorge der NRO. Ganz klar wird von staatlicher Seite gewünscht, dass sich auch zivilgesellschaftliche Organisationen stärker koordinieren. Der EED zum Beispiel führt aber bereits gemeinsame Projekte mit anderen Hilfswerken durch. Und wir arbeiten partnerorientiert und richten uns nach den Partnerkriterien.





## Libanon: Nur mit passenden Strategien lässt sich Frieden fördern

Im Mai 2008 schien der Libanon erneut am Rande eines Bürgerkrieges zu stehen: Kampfeinheiten der schiitischen Hisbollah hatten innerhalb weniger Tage Teile West-Beiruts besetzt. Doch schnell einigten sich die Regierungsparteien und die oppositionelle Hisbollah in Doha darauf, eine Einheitsregierung zu bilden. Diese Ereignisse waren der vorläufige Höhepunkt im Tagesgeschäft politischer Schachzüge, Provokationen und Friedensbeteuerungen. Die eigentlichen Gründe für die anhaltende Instabilität des Landes wurden aber auch in Doha nicht angetastet.

Siebzehn Religionsgemeinschaften zählt der Libanon und auf den ersten Blick mag man die wiederkehrende Gewalt als religiösen Konflikt deuten. Zwar leben die unterschiedlichen konfessionellen Gruppen in deutlich voneinander getrennten Welten und die Erinnerungen an den jahrelangen Bürgerkrieg rufen immer wieder Ängste und Vorurteile hervor; letztendlich sind jedoch andere Faktoren für den Konflikt ausschlaggebend: Das politische System beruht auf einer fein austarieren Macht- und Ämterteilung zwischen den wichtigsten Konfessionen und verlangt eine fortwährende Konsensbildung. Verweigern die politischen Eliten diesen Konsens, wird das Land – wie in den vergangenen Jahren – praktisch unregierbar. Konfessionelle Führer halten gleichzeitig meist die Schlüssel zu Arbeitsplätzen und beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten in ihren Händen. So sichern ausgeprägte Patronagesysteme den politischen und wirtschaftlichen Einfluss der Eliten und bilden eine Mobilisierungsbasis in Zeiten politischer Spannungen.

Abhängigkeiten bestehen jedoch nicht nur im Innern. Regionale und internationale Allianzen spielen traditionell eine zentrale Rolle bei der Verteidigung oder beim Ausbau von nationalen Machtpositionen. Umgekehrt war und ist der Libanon regelmäßig ein Schauplatz, auf dem externe Akteure ihre Konflikte austragen.



Konfessionelle Milizen, private Sicherheitsdienste und bewaffnete islamistische Gruppen, die seit Jahren das Gewaltmonopol des libanesischen Staates untergraben, verschärfen die explosive Gemengelage.

Wo können entwicklungs- und friedenspolitischen Organisationen in einer solchen Situation ansetzen? Diese Frage stellten sich FriEnt-Mitgliedsorganisationen schon

### FriEnt-Aktivitäten

Seit 2003 lädt FriEnt regelmäßig zum Rundtisch Nahost ein, aktuell zu folgenden Themen:

Umfeldanalyse Libanon: Handlungsfelder und Ansätze zur zivilen Krisenprävention und Friedensförderung, Rundtisch (Juni 2008)

Parlamentswahlen 2009: Chancen und Herausforderungen für den Frieden, Rundtisch (Dezember 2008)

nach dem Krieg zwischen Israel und der Hisbollah im Sommer 2006 und beauftragten gemeinsam eine Studie, die die Möglichkeiten ziviler Friedensförderung im Libanon ausloten sollte. Kurz nach der Übereinkunft in Doha lagen die Empfehlungen für vier Arbeitsbereiche vor.

Einer von ihnen ist die Unterstützung des vernachlässigten und stark segregierten Bildungswesens. Hier könnten exemplarisch die Dienstleistungen des Staates und gesamtgesellschaftliche Identitäten gestärkt werden. Des Weiteren sind ein sehr viel umfassendere Ansatz im Umgang mit vergangenem Unrecht sowie eine stärkere Förderung von Reformen im Justizwesen notwendig: Wo für Verbrechen der Bürgerkriegszeit Straffreiheit zugesagt wurde, nur das Sondertribunal zur Aufklärung des Mordes am ehemaligen Premierminister Hariri die Aufmerksamkeit westlicher Geber erhält und das Rechtssystem als Ort der Konfliktregulierung für normale Bürger versagt, ist es nahezu unmöglich, Vertrauen in rechtsstaatliche Strukturen aufzubauen und ein verantwortungsvolleres Handeln politischer Eliten einzufordern. Schließlich ist es angesichts wiederholter gewalttätiger Zusammenstöße zwischen Jugendlichen an ehemaligen Frontlinien des Bürgerkrieges notwendig, Maßnahmen zu entwickeln, die unmittelbar deeskalierend wirken.

Aber nicht nur das „Was“ ist bei strategischen Ansätzen der Friedensförderung wichtig, sondern auch das „Wie“. Gerade in einem hoch polarisierten Konfliktkontext sind externe Akteure selten neutral und müssen, so empfiehlt die Studie, auf ihre Partnerwahl und auf die politischen Signale achten, die sie mit ihren Programmen aussenden. Deshalb sollten sich externe Akteure stärker vernetzen, ihre Erfahrungen intensiver austauschen und ihre eigene Rolle kontinuierlich reflektieren.

## Vertrauen ist die Basis für nachhaltige Friedensförderung

Interview mit Dr. Magdy El Meshawy, Büroleiter der GTZ in Syrien und verantwortlich für die GTZ-Programme im Libanon

*Herr Meshawy, vor welchen Herausforderungen steht die GTZ, will sie in einem (Post-)Konfliktland wie dem Libanon Entwicklungsprozesse nachhaltig fördern?*

Es geht vor allem um Capacity Building, also darum, die Fähigkeiten von Institutionen und ihren Mitarbeitern nachhaltig zu verbessern, damit sie ihre Aufgaben und Herausforderungen in absehbarer Zeit besser bewältigen können. Dies in einem Land zu erreichen, in dem durch die vielen externen und internen Konflikte nur der Wandel stetig ist, stellt für uns eine große Herausforderung dar. Wichtig ist, trotz der anhaltenden Konflikte mit Beratungsleistungen dauerhaft vor Ort präsent zu bleiben. Dadurch wollen wir Vertrauen schaffen und private wie staatliche Akteure dabei unterstützen, trotz ihrer sehr unterschiedlichen politischen Orientierungen gemeinsam zu arbeiten und zu kooperieren, beispielsweise in den Sektoren Berufsbildung, Wasser, Umwelt und Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen.

## Wie vermeidet die GTZ, dass ihre Programme Konflikte im Libanon verstärken?

Die von uns unterstützten Programme sind auf Wunsch der Partner entstanden und wir planen unsere Aktivitäten partizipativ. Bei der Durchführung der Projekte versuchen wir, alle Akteure und Regionen des Libanon zu berücksichtigen und einzubinden. Wir haben es geschafft, eine vertrauensvolle Arbeitsbeziehung zu unseren Partnern aufzubauen. Dies liegt sicherlich mit an unserer langjährigen, offenen, bedarfsorientierten und flexiblen Arbeitsweise, aber auch an unserem partizipativen Ansatz. Auch die enge Koordination mit anderen Gebern hat dazu beigetragen, dass unsere Partner uns mit großer Akzeptanz begeben.



Mit unserer Fachberatung und Partnerqualifizierung konnten wir in allen Regionen des Libanon direkt zum Dialog und zum besseren gegenseitigen Verständnis und manchmal auch zur Annäherung verschiedener Parteien beitragen. Da wir den Staat unterstützen, die Grundbedürfnisse der Bevölkerung wie Bildung, Beschäftigung oder Wasserversorgung zu sichern, hilft unsere Arbeit letztendlich indirekt, die Gefahr von neuen Konflikten zu verringern.





## Gut informiert

Spezialisieren, professionalisieren, differenzieren – diese Stichworte fallen immer häufiger in der entwicklungspolitischen Friedensarbeit. Angesichts steigender Anforderungen und der Bandbreite des Themas stehen entwicklungs- und friedenspolitische Organisationen vor der Herausforderung, die für sie relevanten Informationen aus der Flut an Fakten, Meinungen und Details herauszufiltern. Hierbei unterstützt FriEnt seine Mitglieder, nimmt dafür seine Schwerpunktthemen und -regionen unter die Lupe und greift aktuelle nationale und internationale Debatten auf.

Mit dem Newsletter „Impulse“ erreicht FriEnt über tausend Leser. Der monatliche Newsletter berichtet über Aktuelles in der entwicklungspolitischen Friedensarbeit – und dabei insbesondere über Neuigkeiten von den FriEnt-Mitgliedern, etwa über neue Publikationen, Veranstaltungen oder Praxiserfahrungen. Aber auch aktuelle Debatten und brisante Themen kommen nicht zu kurz: In jeweils einem Artikel pro Ausgabe beziehen Experten klar Position, 2008 zum Beispiel zu den aktuellen friedenspolitischen Entwicklungen in der EU sowie in Konfliktländern wie Libanon, Äthiopien und Kosovo.

Die FriEnt-Website hat sich als Portal für den Einstieg und die Vertiefung in die Themen- und Länderschwerpunkte von FriEnt etabliert. Hier finden die monatlich über 1200 Besucher aus etwa 50 Ländern neue Forschungsergebnisse, Berichte aus der Praxis und Veranstaltungshinweise.

Schließlich trägt FriEnt mit seinen Briefings, Leitfäden und Dokumentationen zum Informations- und Wissenstransfer bei und bringt Erfahrungen in nationale und internationale Debatten ein. Für die Praxis vor Ort stellte FriEnt im Jahr 2008 konkrete Ansätze für die Friedensförderung im Libanon vor und unterstützte damit seine im Libanon tätigen Mitglieder – spezialisiert, professionell und differenziert.



### FriEnt-Publikationen

**Das EU-Stabilitätsinstrument und die Peace Building Partnership** (FriEnt-Briefing 7/2007)

Jost Pachaly | FriEnt | 2007

**Engaging with Victims and Perpetrators in Transitional Justice and Peace Building Processes**

Dokumentation des internationalen Workshops | FriEnt, KOFF/swisspeace | 2008

**Gewaltsame Konflikte im Tschad**

Ursachen, Akteure und Handlungsoptionen  
Volker Gerdesmeier | FriEnt, Misereor | 2008

**Transitional Justice in the Democratic Republic of Congo**

Dokumentation des internationalen Workshops | ÖNZ, FriEnt | 2008

**Walking the Line**

Strategic Approaches to Peacebuilding in Lebanon  
M. Kraft, M. Al-Mazri, H. Wimmen, N. Zupan | DED, forumZFD, FriEnt, hbs | 2008

## FriEnt im Detail

FriEnt ist eine Arbeitsgemeinschaft von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die in der entwicklungspolitischen Friedensförderung aktiv sind. Die sieben Mitglieder stellen den Lenkungsausschuss, der die politischen Richtlinien festlegt und für die strategische Steuerung verantwortlich ist. Jeweils ein Vertreter eines zivilgesellschaftlichen und eines staatlichen Mitglieds werden für ein Jahr zu Vorsitzenden gewählt.

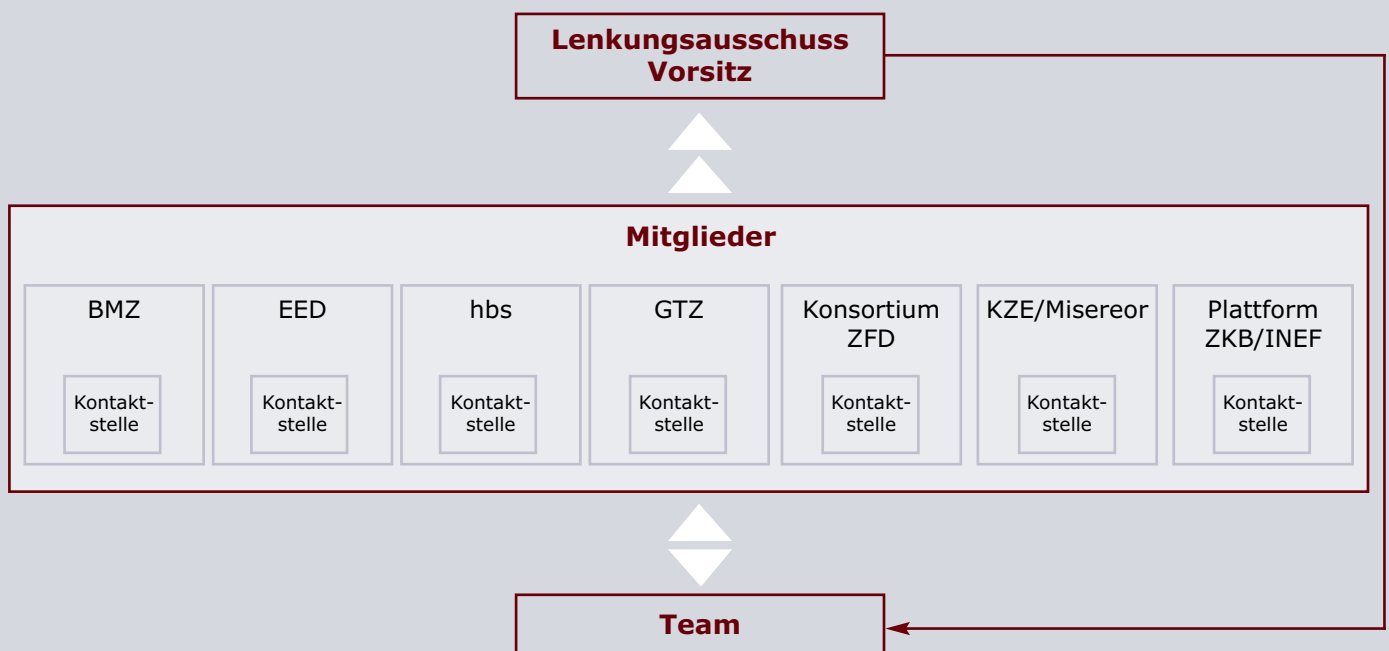
Das FriEnt-Team setzt den vom Lenkungsausschuss beschlossenen Kurs in die Praxis um. Die meisten FriEnt-Mitarbeiter werden von den Mitgliedsorganisationen

entsandt. Sie sind zwischen 50 und 75 Prozent ihrer Arbeitszeit bei FriEnt und die restliche Zeit in ihren Heimatorganisationen tätig. Leitung, Sekretariat und ein Referent für internationale Prozesse der Friedensförderung vervollständigen das Team.

Bei jeder Mitgliedsorganisation stellt eine Kontaktstelle den Austausch und die Rückkopplung mit dem FriEnt-Team sicher.

Zur Finanzierung von FriEnt tragen alle Vertragspartner bei.

### Organigramm





## FriEnt im Detail...die Menschen

### Lenkungsausschuss

	Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
BMZ	Adolf Kloke-Lesch (Vorsitz bis März 2008) Dr. Doris Witteler-Stiepelmann (Vorsitz bis Dezember 2008) Dr. Ulla Mikota (Vorsitz seit Dezember 2008)	Dr. Doris Witteler-Stiepelmann (bis März 2008) Christine Toetzke (seit Dezember 2008)
GTZ	Jörg-Werner Haas	Dr. Roman Poeschke
EED	Dr. Wolfgang Heinrich (Vorsitz)	Heiner Knauss
hbs	Klaus Linsenmeier	Dr. Kirsten Maas-Albert
KZE/Misereor	Michael Hippler	Norbert Dittrich
Konsortium ZFD	Heinz Wagner, <i>forum</i> ZFD (bis März 2008) Angela König, EIRENE (seit März 2008)	Oliver Märtin, EED
Plattform ZKB/INEF	Ulrich Frey, Plattform ZKB Prof. Dr. Tobias Debiel, INEF (bis November 2008) Dr. Cornelia Ulbert, INEF (seit Dezember 2008)	

### Kontaktstellen

BMZ	Kirsten Garaycochea
GTZ	Nina Liebig
EED	Jürgen Reichel
hbs	Dr. Kirsten Maas-Albert
KZE/Misereor	Birgit Felleisen
Konsortium ZFD	Bernd Rieche (AGDF), Anne Storcks (AGEH), Ursula Kohler (cfi), Dr. Matthias Ries (DED), Claudia Frank (EIRENE), Carsten Montag ( <i>forum</i> ZFD), Hans-Jörg Friedrich (WFD),
Plattform ZKB/INEF	Jochen Mangold, Dr. Cornelia Ulbert
Politische Stiftungen	Catrina Schläger (FES), Andrea Kolb (KAS)

### Team

Natascha Zupan	Leitung
Brigitte Kirschner	Sekretariat, Redaktion Website
Dr. Susanne Reiff (bis März 2008)	Kommunikation
Marc Baxmann (seit Januar 2008)	Internationale Prozesse, Redaktion Impulse
Günter Schönegg, Konsortium ZFD (bis Dezember 2008)	Tschad/Sudan, Blockadekräfte, Landkonflikte
Anja Justen, Konsortium ZFD (seit Januar 2009)	Indonesien
Martin Kraft, BMZ/GTZ	Nahost, Friedensentwicklung und Sicherheit
Wolfgang Kaiser, EED (bis November 2007)	Kolumbien, Religion und Konflikt
Caroline Kruckow, EED (seit April 2008)	Kaukasus, Landkonflikte
Jost Pachaly, hbs	Peace Building Paradigms
Sylvia Servaes, KZE/Misereor	Transitional Justice, Nepal
Angelika Spelten, Plattform ZKB/INEF	Prävention

## Impressum

© Arbeitsgemeinschaft Entwicklungspolitische Friedensarbeit (FriEnt)

c/o Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Dahlmannstraße 4

53113 Bonn

Tel. +49-228-535-3259

Fax +49-228-535-3799

frient@bmz.bund.de

www.frient.de

Redaktionsteam FriEnt:

Marc Baxmann

Natascha Zupan (V.i.S.d.P.)

Redaktion: Susanne Reiff, to the point communication

März 2009

Bildnachweise:

Titel: UN Photo/Tim McKulka, S. 3 von links nach rechts: UN Photo/Christopher Herwig, UN Photo/John Isaac, 2x UN Photo/Evan Schneider, 2x UN Photo/John Isaac, S. 4 oben: Jochen Hippler, S. 4 unten: Louis Bickford/ICTJ, S. 5: UN Photo/Fred Noy, S. 6: UN Photo/Agnieszka Mikulska, S. 7: picture-alliance/dpa, S. 8: UN Photo/Martine Perret, S. 9 oben: UN Photo/Mark Garten, S. 9 unten: UN Photo/Eric Kanalstein, S. 10: UN Photo/Lucien Rajaonina, S. 11: UN Photo/Eskinder Debebe, S. 12 oben: UN Photo/Paulo Filgueiras, S. 12 Mitte: photothek/Thomas Köhler, S. 12 unten: UN Photo/Khost Office, S. 13 links: photothek/Thomas Köhler, S. 13 rechts: FOTO ART/Chris Willkomm, S. 14 oben: UN Photo/Evan Schneider, S. 14 unten: UN Photo/John Isaac, S. 15: Heuer/laif, S. 16 oben: UN Photo/Mark Garten, S. 16 unten: UN Photo/Jorge Aramburu, S. 17 oben: Loris Savino/contrasto, S. 17 unten: Hoa-qui/laif, S. 18 oben: Johannes Bornmann, S. 18 unten: Jerry Redfern/Onasia.com



**FriEnt ist eine Arbeitsgemeinschaft von:**

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)

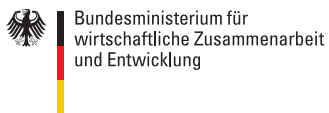
Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Heinrich-Böll-Stiftung (hbs)

Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe/Misereor

Konsortium Ziviler Friedensdienst

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung/Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)



Plattform Zivile  
Konfliktbearbeitung

